LANDKREIS
ERLANGEN-HÖCHSTADT

Niederschrift

über die

23. Sitzung des Kreisausschusses

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin:	Montag, den 15.05.2017
Sitzungsbeginn:	09:00 Uhr
Sitzungsende:	10:28 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

Anwesend sind:

Landrat
Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion

Kreisrat Armin Goß	als Vertreter für Kreisrätin Dr. Salzner; nicht anwesend ab 10.22 Uhr während TOP II/5.11 bis TOP II/5.16
Kreisrat Reinhard Nagengast	
Kreisrat Walter Nussel	
Kreisrätin Friederike Schönbrunn	
Kreisrat Waldemar Kleetz	als Vertreter für Kreisrat Schalwig

SPD-Fraktion

Kreisrat Dr. German Hacker	bis 10.18 Uhr; nach TOP II/5.10
Kreisrat Andreas Hänjes	
Kreisrat Konrad Gubo	als Vertreter für Kreisrat Pech

FW-Fraktion

Kreisrat Karsten Fischkal	
Kreisrat Bernhard Seeberger	als Vertreter für Kreisrat Brehm

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Wolfgang Hirschmann	
Kreisrat Dr. Lutz Bräutigam	als Vertreter für Kreisrat Bachmayer

Gäste/Sachverständige

Kreisrätin Elke Weis	nicht Mitglied im Kreisausschuss

Verwaltung

Regierungsamtfrau Birgit Stolla	
Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt	
Oberregierungsrat Manuel Hartel	
Regierungsrätin Kristin Romanek	bis 09:34 Uhr; nach TOP II/1.2
Oberregierungsrätin Anne-Marie Müller	bis 09:32 Uhr; Ende öffentliche Sitzung
Regierungsrat Martin Hartnagel	bis 09:32 Uhr; Ende öffentliche Sitzung
Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl	
Regierungsamtmann Norbert Heinrich	bis 10:11 Uhr; nach TOP II/4
Beschäftigter Friedrich Schlegel	
Beschäftigter Matthias Nicolai	bis 09:32 Uhr; Ende öffentliche Sitzung
Beschäftigte Martina Schunk	bis 10:10 Uhr; nach TOP II/3
Beschäftigter Sasan Nasery-Harsini	bis 10:11 Uhr; nach TOP II/4
Beschäftigte Birgit Morgenroth	bis 09:37 Uhr; nach TOP II/2

Schriftführerin
Verwaltungsamtfrau Brigitte Meyer

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015; Feststellung und Entlastung

2. Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2016

3. Wohnraumversorgung im Landkreis

II. Nichtöffentliche Sitzung

……

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 04.05.2017; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung

1. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015; Feststellung und Entlastung

Die Mitglieder des Kreisausschusses haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage erhalten.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

1. Nachdem der Bericht zur örtlichen Rechnungsprüfung keine Unstimmigkeiten aufzeigt, die das Abschlussbild unmittelbar berühren und die gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO aufzuklären wären, wird die Jahresrechnung 2015 unter Bewilligung der außerplanmäßigen Ausgaben bei der Haushaltsstelle 0.2411.5711 in Höhe von 54.148,78 EUR und der Haushaltsstelle 0.4565.7707 in Höhe von 223.431,49 EUR mit den nachfolgenden Abschlusszahlen festgestellt.

	Verwaltungshaushalt EUR	**Vermögenshaushalt EUR**	**Gesamthaushalt EUR**
Solleinnahmen	129.885.926,82	14.351.680,75	144.237.607,57
+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	1.960.000,00	1.960.000,00
- alte Haushaltseinnahmereste	0,00	250.000,00	250.000,00
- alte Kasseneinnahmereste	- 259.881,49	0,00	- 259.881,49
Bereinigte Solleinnahmen	**130.145.808,31**	**16.061.680,75**	**146.207.489,06**
Sollausgaben	129.860.430,16*)	10.557.968,30**)	140.418.398,46*
+ neue Haushaltsausgabereste	335.831,53	6.340.738,20	6.676.569,73
- alte Haushaltsausgabereste	50.453,38	837.025,75	887.479,13
- alte Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Bereinigte Sollausgaben	**130.145.808,31**	**16.061.680,75**	**146.207.489,06**
Fehlbetrag/Überschuss	**0,00**	**0,00**	**0,00**

*) Darin enthalten: Zuführung zum Vermögenshaushalt 9.675.444,80 EUR (Haushaltsansatz: 6.440.000,00 EUR)
**) Darin enthalten: Zuführung zur allgemeinen Rücklage 50.000,00 EUR (Haushaltsansatz: 50.000,00 EUR)

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

2. Für die festgestellte Jahresrechnung 2015 wird die uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt erfolgte ohne Landrat Tritthart, die Sitzungsleitung erfolgte durch das älteste anwesende Kreistagsmitglied, Herrn Kreisrat Armin Goß, gemäß § 44 Abs. 3 Buchst. a) der Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreisausschuss und weitere Ausschüsse.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 12 Nein: 0 Beteiligt: 1 Anwesend: 13**

2. Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht 2016

Den Mitgliedern des Kreisausschusses sind zu diesem Tagesordnungspunkt als Sitzungsvorlage die Jahresrechnung und der Rechenschaftsbericht 2016 zugegangen.

Landrat Tritthart weist unter Bezug auf die detaillierten Unterlagen, die den Mitgliedern des Kreisausschusses vorliegen, auf die weiterhin solide Finanzpolitik des Landkreises hin.

Der Kreisausschuss nimmt die Jahresrechnung und den Rechenschaftsbericht 2016 zur Kenntnis.

3. Wohnraumversorgung im Landkreis

Den Mitgliedern des Kreisausschusses ging zu diesem Thema eine Sitzungsvorlage zu, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Landrat Tritthart fasst die Vorlage inhaltlich zusammen und weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass der soziale Wohnungsbau keine Aufgabe der Landkreise sei.

In der anschließenden Diskussion besteht Einigkeit über die aktuelle und künftige Bedeutung des Themas Wohnraumversorgung wenngleich unterschiedliche Ansätze über das weitere Vorgehen in dieser Frage vertreten werden.

Letztlich besteht Einvernehmen das sogenannte Passauer Modell zu übernehmen sowie den Austausch zum Thema Wohnraumversorgung zwischen Landkreis und Kommunen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Demografieforum ERH“ zu intensivieren. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, gegen Ende des Jahres im Kreisausschuss zu berichten.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Landkreis Erlangen-Höchstadt übernimmt das als „Passauer Modell“ bekannte Vorgehen und richtet eine Internetseite zur Abfrage von Mietangeboten für anerkannte Asylbewerber ein. Die Angebote sind dann an die ehrenamtlichen Helferkreise weiterzuleiten.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Demografieforum ERH“ des Regionalmanagement soll der weitere Austausch der Städte, Märkte und Gemeinden zum Thema Wohnraumversorgung durchgeführt werden.

Zum Jahresende wird ein Bericht der Verwaltung im Kreisausschuss erfolgen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

II. Nichtöffentliche Sitzung

…….

Erlangen, 16.05.2017

Alexander Tritthart
Landrat

Brigitte Meyer
Verwaltungsamtfrau

Landkreis Erlangen-Höchstadt

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: SG13/009/2017

Sachgebiet:	SG 13 - Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement, Klimaschutz	Datum:	04.05.2017
Bearbeitung:	Matthias Nicolai	AZ:	

Beratungsfolge	**Termin**	**Behandlung**
Kreisausschuss	15.05.2017	öffentliche Sitzung

Wohnraumversorgung im Landkreis

I. Sachverhalt:

In der Sitzung des Kreisausschuss vom 30.01.2017 sowie des Kreistages vom 06.02.2017 wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Verbesserung der Wohnraumversorgung festgelegt, dass zunächst durch das Regionalmanagement ein Konzept erstellt werden solle und anschließend im dafür zuständigen Kreisausschuss beraten wird.

Der Bayer. Landkreistag weist mit Schreiben vom 10.04.2017 nochmals ausdrücklich drauf hin, dass der Wohnungsbau keine Aufgabe der Landkreise ist und es für Landkreise nicht möglich ist, Wohnungen selbst anzumieten um sie an Bleibeberechtigte weiter zu vermieten. Die Rolle der Landkreise konzentriert sich somit auf Hilfestellungen bzw. Koordination. Die Beschäftigung mit dem Thema Wohnraum stellt für Landkreise daher eine freiwillige Leistung dar.

Bereits am 08.04.2016 wurde auf Initiative des Landkreises Erlangen-Höchstadt eine Wohnungsbaukonferenz in Zusammenarbeit mit der Regierung von Mittelfranken durchgeführt und die rechtlichen Rahmenbedingungen vorgestellt. Eingeladen waren die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises, die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages, Banken und Sparkassen sowie Wohnungsbaugenossenschaften.

Zwischenzeitlich recherchierte der Regionalmanager, wie andere Landkreise in Bayern mit dem Thema Wohnraumversorgung umgehen. Wie auch die benachbarten Landkreise Neustadt a.d. Aisch, Nürnberger Land und Roth nimmt sich, bis auf wenige Ausnahmen, kaum ein Landkreis in Bayern des Themas Wohnraumversorgung an.

Der Fachbereich Unterkünfte am Landratsamt Passau versucht zusammen mit den ehrenamtlichen Helferkreisen vor Ort anerkannte Asylbewerber in privaten Wohnungen unterzubringen und sucht nach Mietangeboten. Hierzu wurde eine Internetseite eingerichtet, die über wesentliche Kriterien bei der Vermietung an anerkannte Asylbewerber informiert, z.B. über Miet- und Betriebskosten. Des Weiteren gibt es auf der Internetseite ein Formular, mit dem sich interessierte Vermieter beim Landratsamt melden können. Die so gesammelten Mietobjekte werden dann an die zuständigen Personen in den Gemeinschaftsunterkünften und dezentralen Unterkünften sowie an die

ehrenamtlichen Helferkreise weitergegeben. Eine Veröffentlichung der Angebote erfolgt aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht. Ebenso wird aus rechtlichen Gründen seitens des Landratsamtes nicht gemakelt.

Aufgrund des angespannten Immobilienmarktes vor allem im Niedrigpreissegment hat sich der Landkreis Fürth zum Ziel gesetzt, insbesondere die Vernetzung sowie den Austausch der Akteure im Bereich sozialer Wohnungsbau anzuregen. Hierzu hat das dortige Regionalmanagement die Bürgermeister, Bauamtsleiter sowie örtliche Wohnungsbaugesellschaften zu einem aktiven Austausch eingeladen. Ergebnis war auch hier, dass beim Thema Wohnungsmarkt die Gemeinden in der Pflicht sind.

Des Weiteren wurde auf Veranlassung von Landrat Tritthart das Thema „Wohnungsbau für sozial schwache Menschen/Asylbewerber“ auf die Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung der Bezirksverbände Ober- und Mittelfranken des Bayer. Landkreistages am 21.02.2017 gesetzt. Hieraus ergaben sich keine weiteren Erkenntnisse, da bis auf oben genannte Beispiele keine weiteren Aktivitäten seitens der Landkreise bestehen. Die Regierungspräsidenten von Mittel- und Oberfranken haben in diesem Zusammenhang nochmals auf die oben genannte Rechtslage hingewiesen.

Bei der Frühjahrsversammlung des Bayer. Gemeindetages/KV ERH am 05.04.2017 wurde die Thematik von Landrat Tritthart vorgestellt und von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zur Kenntnis genommen. Von den anwesenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kamen zu diesem Thema keine weiteren Anregungen.

Gerade aufgrund der Problematik der Fehlbeleger besteht wie bereits bekannt bei den anerkannten Asylbewerbern Handlungsbedarf. Aufgrund der Erfahrungen des Landkreises Passau, um Mietangebote für anerkannte Asylbewerber zu werben und diese über die ehrenamtlichen Helferkreise zu vermitteln, wird empfohlen, dieses auch im Landkreis Erlangen-Höchstadt umzusetzen. Das Sammeln von Mietangeboten übernimmt dabei das Sachgebiet Kreisentwicklung und leitet diese an die Koordinierungsstelle für die ehrenamtlichen Helferkreise weiter.

Zudem wird vorgeschlagen das Thema Wohnraumversorgung weiterhin mit den Städten, Märkten und Gemeinden zu diskutieren. Als Plattform könnte die Veranstaltungsreihe „Demografieforum ERH“ dienen, die im Rahmen der Regionalmanagementförderung 2016-2018 vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat durchgeführt wird.

II. Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Der Landkreis Erlangen-Höchstadt übernimmt das als „Passauer Modell“ bekannte Vorgehen und richtet eine Internetseite zur Abfrage von Mietangeboten für anerkannte Asylbewerber ein. Die Angebote sind dann an die ehrenamtlichen Helferkreise weiterzuleiten.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Demografieforum ERH“ des Regionalmanagement soll der weitere Austausch der Städte, Märkte und Gemeinden zum Thema Wohnraumversorgung durchgeführt werden.